

Aktionstag 21. Oktober

Wofür demonstriert der DGB?

Der DGB ruft auf, am 21. Oktober in fünf deutschen Großstädten «für die soziale Erneuerung Deutschlands» zu demonstrieren. Er ist mit der Bundesregierung nicht zufrieden, sie habe die gewerkschaftlichen Erwartungen nicht erfüllt, die Probleme «sogar verschärft». Der DGB will «gegensteuern». Dafür sollen wir in Berlin, Dortmund, Stuttgart, München und Frankfurt am Main auf die Straße. Der Beschluss, der gegen den Willen von IG BCE und Transnet auf dem DGB-Bundeskongress gefällt wurde, würde jedoch missverstanden, wenn man meinte, nun soll die Straße gegen die Regierung ins Feld gebracht werden.

Dagegen spricht schon das Motto: «Das geht besser. Aber nicht von allein.» Was will uns der DGB damit sagen? Wer soll angesprochen werden? 1-Euro-Jobber? Kann man die «besser» machen? Oder die Arbeitszeitverlängerung? Muss nicht an fast jedem Punkt der Regierungspolitik eine ganz andere Richtung eingeschlagen werden? Warum verzichtet der DGB darauf, einen Richtungswechsel zu fordern? Weil er meint, mit dieser Regierung noch etwas anfangen zu können – oder weil er sich nicht traut, mit ihr Klartext zu reden?

Das Motto lockt keinen kritischen, aufgeweckten Menschen hinter dem Ofen hervor. Es hinterlässt die große Frage: Was will der DGB mit den Demonstrationen? und es steht zu erwarten, dass es darauf am 21.10. keine Ant-

worten geben wird. Fragt man gutwillige Gewerkschaftsvertreter, die Demos wichtig finden, bekommt man bestenfalls die Antwort: «Das Wichtigste ist, dass sie stattfinden.»

Flattert dann noch die Meldung ins Haus, der DGB habe Müntefering grünes Licht für eine Initiative «6 Euro Mindestlohn» gegeben, kommt man sich vollends verschaukelt vor. Denn damit stärkt er denen in der Regierung den Rücken, die das ALG II weiter absenken wollen.

Die Alternative kann nicht sein, aus lauter Ärger nicht zur Demo zu gehen. Umgekehrt wird ein Schuh daraus: Wichtiger denn je ist, dass die sozialen Bewegungen die Demonstrationen nutzen, um die eigenen Inhalte zu transportieren. Wünschenswert wäre ein alternativer Aufruf gewesen mit wenigen, breit getragenen gemeinsamen Forderungen. Soweit sind die Bewegungen aber offenkundig noch nicht. Trotz großer inhaltlicher Nähe ist manchem das Hochhalten der eigenen Identität wichtiger als die Zuspitzung einer möglichst massiven sozialen Opposition, die auch politisch wirksam sein könnte. Attac hat immerhin ein alternatives Motto vorgeschlagen, das wohl breit aufgegriffen wird: **«Das geht nur anders.»**

Unter dieser Parole will sich nun die soziale Opposition auf den jeweiligen Demonstrationen sammeln. Wenn ihr Bild dann für Außenstehende wieder so bunt ist, als dass klar würde, was sie gemeinsam will, ist vielleicht der Moment gekommen, auf der Aktionskonferenz Anfang Dezember in Dortmund darüber zu reden, wie wir zusammenrücken und mit den Forderungen, die uns einen, so sichtbar werden können, dass wir damit «Meinung machen».

Eine Premiere gibt es immerhin: Erstmals haben DGB und IG Metall im Vorfeld die sozialen Bewegungen eingeladen und ihnen das Konzept präsentiert. Ein Mitspracherecht über Aufruf und Motto haben sie deswegen nicht bekommen – auch auf die Auswahl der Rednerinnen und Redner aus den Bewegungen haben sie keinen Einfluss, die Möglichkeiten, gestaltend in den Ablauf vor Ort einzugreifen, sind noch geringer als am 3. April. Einen Bündnispartner sieht der DGB in ihnen weiterhin nicht, nur die Umgangsformen werden höflicher.

ANGELA KLEIN

(Aus: SoZ, Nr. 10, Oktober 2006)

SoZ Sozialistische Zeitung

monatlich mit 24 Seiten Berichten und Analysen zum alltäglichen kapitalistischen Irrsinn und den Perspektiven linker Opposition

SoZ-Verlag · Dasselstr. 75–77 · D-50674 Köln
Fon (02 21) 9 23 11 96 · Fax 9 23 11 97
redaktion@soz-verlag.de · www.soz-plus.de

Ich bestelle eine

- kostenlose **Probeausgabe**
 Probeabo (4 Ausgaben) gegen 10-Euro-Schein
(keine automatische Verlängerung)

Name Anschrift

Ausschneiden und einsenden an: SoZ, Dasselstr. 75–77, 50674 Köln

Was will die SoZ?

■ Die *Sozialistische Zeitung* (SoZ) setzt sich zum Ziel, bürokratisch dazu beizutragen, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, geknechtetes, verlassenes und verächtliches Wesen ist.

■ Sie versteht sich deshalb als Teil der emanzipatorischen Bewegungen, deren Ziel die Befreiung der Menschen von Unterdrückung, Ausbeutung, Entfremdung und Gewalt ist.

■ Der Kampf für umfassende Emanzipation kann nur erfolgreich sein, wenn die unterdrückten und entfremdeten Menschen sich für ihre eigenen Interessen und gegen Unterdrückung und Erniedrigung selbst engagieren. Deshalb verteidigt die SoZ demokratische Ansprüche individueller wie kollektiver Art und bekämpft alle Formen ausgrenzender Diskriminierung (Chauvinismus, Sexismus, Rassismus, Antisemitismus usw.) in der bürgerlichen Ge-

sellschaft wie auch innerhalb linker Organisationsformen.

■ Der Kampf für umfassende Emanzipation in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft wird nicht zuletzt entlang des Widerspruchs zwischen Lohnarbeit und Kapital geführt. Deshalb versteht sich die SoZ als grundsätzliche Gegnerin der weltweit vorherrschenden kapitalistischen Gesellschaft und ergreift Partei für die gegen Profitstreben und Konkurrenzkampf streitenden abhängig Beschäftigten.

■ Es gibt Widersprüche, die nicht auf den Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital zu reduzieren sind – die Geschlechterfrage und die Ökologiefrage bspw. oder die Missachtung demokratischer Rechte von besonders unterdrückten und benachteiligten Bevölkerungsteilen. Deren praktische und theoretische Bearbeitung erfordert eigenständige Mittel. Ihre besondere Ausformulierung erfahren diese Widersprüche durch die bürgerliche Gesellschaft und den sie

zentral durchziehenden Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit. Es bedarf deswegen einer neuen, sich nicht selbst herstellenden Einheit in der Vielfalt, eines neuen Bündnisses von demokratischen und sozialistischen Kämpfen.

■ Da der Kampf um umfassende Emanzipation ein internationaler ist und letzten Endes auch nur dann erfolgreich sein kann, wenn er als internationalistischer weltweit geführt wird, versteht die SoZ die Förderung internationaler Solidarität und internationaler Zusammenarbeit als eine besondere Aufgabe der Zeitung.

■ Notwendig ist eine sozialistische Gesellschaft. Ihre ökonomische Grundlage kann nur sein: eine demokratisch geplante, selbstverwaltete Wirtschaft, die sich vor allem an den Bedürfnissen der Menschen orientiert – anstatt am Profit der Unternehmer und Banker oder den Privilegien der Bürokraten. Ihre politische Grundlage kann nur sein: Die Verwirklichung der breitesten Demokratie, die Selbstbestimmung

der Produzenten und die Selbstorganisation aller, die einer besonderen Form der Unterdrückung unterliegen. Ziel muss also eine Gesellschaft sein, die im Gegensatz zur bürgerlich-kapitalistischen Klassengesellschaft und zu den ehemaligen bürokratischen Regimen (in der Ex-DDR, der Ex-UdSSR, in China usw.) steht. Sozialistische Demokratie kann sich nur da entwickeln, wo individuelle Rechte garantiert und erweitert werden, wo sich politische, soziale und kulturelle Demokratie entwickeln kann, ohne auf Grenzen von Macht und Herrschaft zu stoßen.

■ Eine solche Gesellschaft von morgen wird in den Kämpfen von heute aufgebaut. Die SoZ als eine von Parteien unabhängige Zeitung tritt in diesen Kämpfen für die Einheit der sozialistischen Kräfte und für den Aufbau einer organisierten Gegenmacht ein, die uneingeschränkt für diese Ziele steht.

Auszug aus dem Redaktionsstatut der SoZ